



Moskau (Russland) | Foto: Dmitry Nucky Thompson / unsplash

»In der [kapitalistisch organisierten] Landwirtschaft geht es nicht darum, Nahrungsmittel zu produzieren, sondern um Profite. Das Essen ist lediglich Beiwerk.« (Richard Levins)

Hungrig nach Dividenden

Warum sich die Agrardebatte mit Finanzmärkten beschäftigen sollte

Landwirtschaft, Welternährung und Finanzsektor werden selbst in der kritischen Öffentlichkeit meist getrennt voneinander diskutiert. Dabei bestehen wichtige Zusammenhänge: Das immer weiter expandierende Finanzkapital hat global operierende agroindustrielle Unternehmen wie zum Beispiel Bayer als wichtiges Betätigungsfeld entdeckt. Was bedeutet das für die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln?

von **Eva Gelinsky**

► Dass sich das Finanzkapital¹ für den Agrarbereich interessiert, ist nicht grundsätzlich neu. Bankkredite oder Warentermingeschäfte (Commodity Futures) mit Agrarprodukten gibt es seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In den letzten Jahren haben die Spekulationen mit Agrarrohstoffen wie Weizen, Mais oder Soja deutlich zugenommen. Vorschriften, die Geschäfte dieser Art eingeschränkt hatten, sind von der Politik gelockert worden.² Spekulative Warentermingeschäfte haben entscheidend zur globalen Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 beigetragen. Seit der globalen Finanzkrise ab 2007 wächst auch das Interesse von Pensions- und Investmentfonds, im Agrarsektor aktiv zu werden. Bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang der weltweite Kauf von Agrarland (Landgrabbing).

Seit einigen Jahren sind große Vermögensverwalter wie BlackRock mit ihren Fonds zu wichtigen Anteilseignern der großen Agrobusiness-Unternehmen geworden. Wie beeinflussen diese Finanzdienstleister die Geschäftspolitik der Unternehmen und den Markt? Mit welchen Produkten für den Agrarbereich ist zu rechnen? Wie wirken sich diese Entwicklungen auf die Landwirtschaft insgesamt aus? Und schließlich: Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Arbeiter*innen in den Unternehmen, die Bäuerinnen und Bauern sowie die Konsument*innen? Vor der Beantwortung dieser Fragen soll kurz skizziert werden, warum der Einfluss des Finanzkapitals global zunimmt.

Finanzkapital auf dem Vormarsch

► Die Finanzmärkte wurden in den letzten Jahrzehnten, ausgehend von den USA, gemäß neoliberaler Vorstellungen dereguliert. Spekulationsgeschäfte wurden vereinfacht, Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft und damit ein ungehinderter internationaler Kapitalverkehr ermöglicht. Begleitet wurden diese Entwicklungen von einem grundlegenden neoliberalen Umbau vieler Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft, beispielsweise durch die Einführung kapitalgedeckter Altersvorsorgesysteme.

Das Resultat: Die Verteilungsverhältnisse in den führenden kapitalistischen Ländern haben sich erheblich zugunsten des Kapitals



New York City (USA) | Foto: Anton / unsplash

und der Bezieher*innen höherer Einkommen verschoben. Reiche sind noch reicher geworden. Ein großer Teil dieses Vermögens wurde in Finanzmärkten investiert, die seit ihrer weitgehenden Deregulierung mit immer neuen spekulativen Papieren (Derivaten) sehr erfolgreich um Anleger werben. Für dieses wachsende Finanzvermögen wird nun permanent nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten gesucht, was die Spekulation weiter antreibt. Weder verschiedene Finanz- und Wirtschaftskrisen noch die aktuelle Corona-Krise haben zu grundlegenden Änderungen dieser Entwicklungen geführt.

Akteur*innen des Finanzkapitals, die in großem Umfang Schuldpapiere (Anleihen) und Eigentumstitel (wie Aktien) kaufen und damit gewinnträchtig handeln, haben großen Einfluss auf die produzierenden Unternehmen. Institutionelle Anleger³ halten seit einigen Jahren große Anteile am Aktienkapital und können so Strategien und Investitionsentscheidungen der Unternehmen mit beeinflussen. Ihr Ziel besteht darin, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Dazu müssen die Unternehmen, in die Anleger ihr Kapital investiert haben, ihren Aktienwert steigern. Gleichzeitig ist auch für die Unternehmen eine attraktive Position auf dem Kapitalmarkt wichtiger geworden, weil sie ihre Geschäfte zunehmend durch die Ausgabe von Aktien und Anleihen finanzieren.

Zum ohnehin vorhandenen Zwang, in der Konkurrenz erfolgreich und profitabel Geschäfte zu tätigen, sind die Unternehmen daher mit weiteren Ansprüchen konfrontiert, die sie zu bedienen haben. Einerseits durch den Schuldendienst: Für das geliehene Geld müssen Zinsen gezahlt werden. Andererseits über Aktien: Aktionär*innen erwerben mit dem Kauf einer Aktie einen Anspruch auf einen Teil des ausgeschütteten Gewinns (Dividende).

Zum Beispiel Bayer

► Auch ein im Agrarbereich tätiges Unternehmen wie Bayer muss und will daher nicht mehr nur auf Gütermärkten für Saatgut oder Pestizide Gewinn wirtschaften. Es muss inzwischen vor allem auf

dem sehr flexiblen Kapitalmarkt wettbewerbsfähig sein. Es muss den Unternehmenswert, also den Aktienkurs, erhöhen und Dividenden ausschütten, und sich außerdem Zugang zu zinsgünstigen Anleihen sichern. Ein gutes Rating, das die Kreditwürdigkeit des Unternehmens auf den Anleihemärkten anzeigt, ist daher zu einem wichtigen Unternehmensziel geworden.

Die Orientierung an den Interessen der Anteilseigner hat zur Konsequenz, dass alle Maßnahmen eines Unternehmens, darunter zum Beispiel Investitionsentscheidungen oder die Steuerung von Geschäftsbereichen, dahingehend überprüft werden, ob sie zur Steigerung des von den Anteilseignern eingesetzten Kapitals beitragen. Bei Bayer zeigte sich diese Orientierung unter anderem in der

Die Dividenden an die Aktionär*innen von Bayer haben sich seit 2005 vervierfacht

Ernennung von Werner Wenning zum Vorstandsvorsitzenden. Mit ihm gelangte 2002 zum ersten Mal ein Finanzexperte an die Spitze des Unternehmens. Als ausgewiesener Finanzfachmann besitzt Wenning eine hohe Akzeptanz auf den internationalen Kapitalmärkten, hieß es bei Bayer. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates (von 2010 bis April 2020) bestand eine der ersten Amtshandlungen Wennings darin, aus dem Unternehmen eine Holding zu machen, um »Werttreiber« und »Wertvernichter«, also profitable und weniger profitable Geschäftsbereiche, noch leichter identifizieren zu können.

Bei alledem gilt immer die Maxime: Welche Rendite ergibt jeder einzelne Geschäftsbereich für Anteilseigner und Eigentümer und wie steht diese im Vergleich zu den anderen Anlagesphären da? Ein Ausgleich der Renditen verschiedener Unternehmensbereiche – etwa der Pharmabereich stützt die Agrarsparte – ist nicht mehr vorgesehen. Unter Wenning wurde Bayer durch Dutzende Zu- und Verkäufe radikal umgebaut. Teile der Chemie- und Kunststoffsparte wurden abgestoßen, um sich weiter auf die deutlich rentableren Bereiche Gesundheit und Ernährung konzentrieren zu können. Der Kauf des umstrittenen US-Agrarkonzerns Monsanto wurde von

Wenning in diesem Zusammenhang als folgerichtiger Schritt präsentiert. Die Übernahme soll Bayer unabhängiger von der erfolgreichen, aber für Rückschläge anfälligen Pharmasparte machen. Das Agrargeschäft wird mit dem Monsanto-Deal zum gleichwertigen Bestandteil des Konzerns ausgebaut.

Auch Fusionen gelten als probates Mittel, um den Aktienwert zu steigern. Um sie tätigen zu können, nehmen Unternehmen am Kapitalmarkt Geld auf. Dies war in den letzten Jahren aufgrund sehr niedriger Zinssätze besonders einfach und günstig. Ihren Aktienkurs steigern sie, weil sie als Unternehmen mit der Übernahme wachsen und Zugang zu neuen Märkten, Technologien und Patenten erhalten. Allerdings zeigt gerade das Beispiel Bayer, dass eine Übernahme den Aktienkurs auch belasten kann, etwa wenn Altlasten mit übernommen werden. Um die durch die Glyphosat-Prozesse um Monsanto in den USA ausgelösten Aktienkursverluste auszugleichen, gab Bayer Anfang 2018 einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen bekannt. So sollen bis 2021 allein im Pharmabereich 12.000 Stellen gestrichen werden.

Die erfolgreiche Durchsetzung des Shareholder Value spiegelt sich auch in steigenden Ausschüttungen der Unternehmen an die Anleger*innen wider. Die geänderte Eigentumsstruktur hat damit zu einer Umverteilung von Profiten zugunsten des Finanzsektors beigetragen, wobei in wachsendem Maße institutionelle Investoren profitieren. Bei Bayer sind die entsprechenden Zahlen eindrücklich: Die Dividenden an die Aktionär*innen haben sich seit 2005 vervierfacht und betragen 2,75 Milliarden Euro im Jahr 2019. Weder schlechte Unternehmenszahlen, Finanzkrisen noch die wachsende Verschuldung Bayers (sie ist auf 80 Milliarden Euro gestiegen) haben in der Bedienung des Finanzkapitals bislang Spuren hinterlassen.

Aus Geld mehr Geld machen

► Schon lange besteht der kapitalistisch organisierte Markt für Agrarprodukte nicht mehr nur aus Unternehmen, die Waren wie Saatgut produzieren, und Produzent*innen, die diese kaufen, um wiederum neue Waren herzustellen. Seit über hundert Jahren gibt es Aktionär*innen, die als Teilhaber*innen der Unternehmen am Geschäft mitverdienen wollen, sowie Banken, die den Unternehmen Kredite vergeben und ein Zinseinkommen erwarten. Im Zuge des neoliberalen Umbaus sind neue Akteure entstanden, die in großem Umfang Geschäfte mit Wertpapieren machen, also mit den Aktien und Schuldscheinen, die die Unternehmen ausgeben. Dies schafft weitere Ansprüche auf Geldüberschüsse, die von den Unternehmen erwirtschaftet und realisiert werden müssen. Der Wachstumsdruck, unter dem Unternehmen auf einem kapitalistisch organisierten Markt ohnehin stehen, steigt durch diese Ansprüche weiter. Doch wie und warum entsteht dieser Druck? Und welche Konsequenzen hat er für die Unternehmen, die Arbeiter*innen und die hergestellten Produkte?

Unternehmen produzieren, um Gewinne zu machen. Sie leihen sich Geld, um Arbeitskräfte, Maschinen und Vorprodukte einzukaufen, um zu produzieren, zu rationalisieren und zu expandieren. Sie nehmen Kredite bei Banken auf oder geben auf den Kapitalmärkten Aktien und Anleihen aus. Das Besondere ist, dass Wertpapiere wie Aktien und Schuldscheine (Anleihen) an den Finanzmärkten nun Mittel für ein zweites Geschäft werden. Die Wertpapiere, die nichts anderes sind als Eigentumstitel über das verliehene (und meist bereits ausgegebene) Geld, werden auf den Finanzmärkten

behandelt wie tatsächlich vorhandenes Kapital. Es findet also eine Verdoppelung statt.

Genau genommen haben diese Papiere aber keinen Wert, sondern sind lediglich Ansprüche auf Werte (Zins und Dividende). Diese Ertragsversprechen behandeln die Aktien- und Anleihebesitzer*innen aber als eine Eigenschaft ihrer Vermögenstitel, also als fiktives Kapital.⁴ Sie kaufen und verkaufen die Wertpapiere auf den Finanzmärkten und handeln mit Ansprüchen auf Zinsen und Dividenden, als wären diese schon erfolgreich erwirtschaftet. Dass den Ansprüchen kein vom wirklichen Kapital losgelöstes, unabhängiges Kapital zugrunde liegt, zeigt sich spätestens dann, wenn ein Unternehmen pleitegeht: Im Fall eines Bankrotts ist nicht nur das investierte wirkliche Kapital vernichtet, sondern auch das fiktive.

Die Abhängigkeit vom Angebot einiger weniger Großunternehmen wird zunehmen

Ob die Eigentumstitel tatsächlich werthaltig sind, hängt also vom Erfolg der damit finanzierten realen Geschäfte ab. Der zukünftige Gewinn ist somit nie sicher, er ist eine Erwartungsgröße. Solange nun alle darauf vertrauen – die Psychologie spielt an den Finanzmärkten eine wichtige

Rolle – dass die zukünftigen Erträge auch tatsächlich erwirtschaftet werden, führt der gegenseitige Kauf und Verkauf, die Spekulation mit diesen Vermögenstiteln zu beträchtlichen realen Einkommen. Die Geschäfte auf den Finanzmärkten sind letztlich nur dann gewinnbringend, wenn die Ansprüche auf Zins/Dividende auch von den Unternehmen bedient werden.

Genau daraus resultiert der wachsende Druck auf die Unternehmen, und daher müssen sie zusätzlich zum ohnehin vorhandenen Konkurrenz- und Wachstumsdruck auf Maßnahmen wie weiteres Größenwachstum und auf Fusionen setzen, Rationalisierungen und Reorganisationen der Arbeitsverhältnisse zu Lasten der Arbeiter*innen vornehmen und Produkte entwickeln, die sich möglichst teuer und auf großen Märkten verkaufen lassen. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch Enteignungs- und Inwertsetzungsprozesse in bislang noch nicht (oder erst teilweise) kapitalistisch verfassten Bereichen (etwa die Privatisierung von Wasser oder die weiter verschärfte Privatisierung von Saatgut). Damit verbunden sind Aneignungsvorgänge, die der Erzielung von Rentenerträgen durch die Besitzer der Eigentumstitel (Grundeigentum, Patente) dienen.

Was kommt auf die Landwirtschaft zu?

► Die skizzierten Strukturen tragen dazu bei, dass die Unternehmen das industrialisierte Agrarmodell nicht nur weiter festigen, sondern noch ausbauen werden. Sie müssen dies tun, weil sich nur im Rahmen eines großstrukturierten, input- und technologieintensiven Modells, das darüber hinaus die Nutzung geistiger Eigentumsrechte zulässt und befördert, die erforderlichen Gewinne realisieren lassen. Erforderlich meint: Einerseits gegenüber der Konkurrenz, die sie zwingend durch mehr Wachstum, mehr Marktanteile und Patente überbieten müssen. Andererseits gegenüber den Anteilseigner*innen, die einen steigenden Anteil an den Gewinnen erwarten.

Was bedeutet dies nun konkret für die Landwirtschaft? Auf die ackerbaulichen Probleme und Ertragsminderungen, die Pestizidresistente Unkräuter inzwischen verursachen, reagieren die Unternehmen zum einen, indem immer mehr Wirkstoffe miteinander kombiniert werden. So besteht die jüngste Innovation von Bayer in einem gentechnisch veränderten Mais (HT4), der mit Toleranzen

gegen die fünf Herbizidwirkstoffe Glyphosat, Glufosinate, Dicamba, 2,4-D und Quisqualop aus gestattet (gestackt) wurde. Zum anderen sollen neue Technologien die Lösung bringen. Mit Digital Farming, einem Technologiefeld, in dem Bayer als Branchenführer gilt, haben die Unternehmen begonnen, ihr Geschäftsmodell grundlegend umzubauen.⁵ Sie orientieren sich dabei an einem Konzept, das als »Plattform-Ökonomie« schon seit einigen Jahren über den Agrarbereich hinaus diskutiert wird, etwa unter dem Schlagwort »Industrie 4.0«.

Ein Zitat von Bayer illustriert, was das für Landwirte bedeuten könnte: »Durch die Digitalisierung werden wir künftig das Gesamtprodukt ‚das saubere Feld‘ anstelle einzelner Artikel anbieten können«, so *Crop Science*-Chef Liam Condon. Condon zufolge geht es in Zukunft nicht mehr darum, »so viel Liter Chemie zu verkaufen wie möglich«. Wenn nur die Hälfte des Feldes gespritzt werde, werde man zwar nur halb so viel Absatz mit Chemieprodukten machen: »Aber das Wissen, dass man nur diesen Teil des Feldes spritzen muss – das können Sie verkaufen«. Die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern vom Angebot einiger weniger großer Unternehmen wird also noch weiter zunehmen.

Die Versprechen des Agrobusiness sind weiterhin äußerst einflussreich. Regierungen im Globalen Süden, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, werden lobbyiert, um mit neuen Gesetzen oder Projekten ihre Agrarsektoren zugunsten der Konzerne zu verändern (siehe das Beispiel der Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika auf S. D7 in diesem Dossier).

Strukturen benennen und angreifen

► Schon dieser kurze Überblick zeigt, dass unter den gegebenen Strukturen keine landwirtschaftlichen Produkte zu erwarten sind, die die erforderliche Wende in Richtung Agrarökologie unterstützen werden – im Gegenteil. Im kritischen Agrardiskurs werden daher Fehlentwicklungen wie fortschreitende Konzernkonzentration, Landgrabbing, Digitalisierung, die Patentierung genetischer Ressourcen oder das aggressive Lobbying der Unternehmen für neue Risikotechnologien intensiv bearbeitet. Zu selten wird dabei aber auf die strukturellen Hintergründe und die Zusammenhänge zwischen diesen Entwicklungen hingewiesen. So enthält beispielsweise der 2017 erschienene Konzernatlas zwar ein Kapitel zur Finanzspekulation im Agrarsektor; wie diese Prozesse die anderen im Atlas beschriebenen Entwicklungen beeinflussen, wird aber nicht erklärt.

Für die weiteren Diskussionen über einen strukturellen Umbau der Landwirtschaft wäre es wichtig, diese Zusammenhänge kritisch in den Blick zu nehmen. Denn eine Agrarwende kann nur gelingen, wenn sie mit einem grundlegenden Umbau des Finanzsystems verbunden wird. Der Wirtschaftsgeograph Christian Zeller bringt das so auf den Punkt: »Das Finanzwesen muss in den Dienst der Allgemeinheit und des sozial-ökologischen Umbaus gestellt werden. Die Gesellschaft muss auf die im Finanzsektor konzentrierten Finanzmittel zugreifen und diese in die Investitionsprojekte stecken, die für den industriellen [und agrar-ökologischen] Umbau erforderlich sind. In diesem Sinne ist die Vergesellschaftung der großen Finanzkonzerne (...) in die öffentliche Diskussion zu bringen und schließlich durchzusetzen.« Letztlich müsste der kapitalistische Zwang zur Akkumulation von immer mehr Kapital und zur Maxi-



Caracas (Venezuela) | Foto: Jacqueline Hardy / pixy

mierung des Profits, also die kapitalistische Produktionsweise insgesamt, beendet werden.

Anmerkungen

- 1 Mit diesem 1910 vom marxistischen Theoretiker Rudolf Hilferding geprägten Begriff ist jene Branche gemeint, in der Banken, Investmentfonds, Pensionsfonds und andere Akteure mit Wertpapieren handeln.
- 2 Die US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel hat z. B. 2005 die Restriktionen gelockert, die den spekulativen Handel mit Agrarrohstoffen wie Weizen, Mais und Sojabohnen eingeschränkt hatten. 2006 befreite sie bestimmte Fonds-Typen von den noch verbliebenen Einschränkungen.
- 3 Dazu zählen zum Beispiel Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Pensionskassen und Vermögensverwalter. Im Gegensatz zu den meisten Privatanlegern verwalten institutionelle Investoren nicht nur eigenes Vermögen, sondern treuhänderisch fremde Gelder.
- 4 Der Begriff stammt von Karl Marx.
- 5 Ein weiteres Technologiefeld, das von den Unternehmen als äußerst profitabel bewertet wird und in dem auch Bayer aktiv ist, ist die neue Gentechnik.

Literatur

- Chesnais, F. 2004: Das finanzdominierte Akkumulationsregime. Theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, C. (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, 217-254.
- Clapp, J. 2017: Investoren suchen Wachstum – Die Äcker sind ihnen egal. In: Heinrich-Böll-Stiftung et al. (Hrsg.): Konzernatlas – Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Berlin, 36 – 37.
- Gelinsky, E. 2020: Saatgut gehört den Bäuer*innen. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 75. Thema: Enteignen fürs Gemeinwohl, 53 – 60.
- Gelinsky, E., Lebrecht, T. 2020: Neue Superpflanzen gegen den Klimawandel? Warum sich der Biobereich für die Regulierung der neuen Gentechnik einsetzen sollte. In: Kultur und Politik 3/2020, 4-5.
- Hachfeld, D., Pohl, C., Wiggerthaler, M. 2013: Mit dem Essen spielt man nicht. Die deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger. Oxfam Deutschland (Hrsg.), 2. Auflage, Köln.
- Zeller, C. 2009: Die Gewalt der Rente: die Erschließung natürlicher Ressourcen als neue Akkumulationsfelder. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 35 (1), 31-52.
- Zeller, C. 2020: Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München.

► **Eva Gelinsky** ist politische Koordinatorin der IG Saatgut und als Geographin selbstständig in der Schweiz tätig (semnar/saatgutpolitik & wissenschaft). Der Beitrag wird in ähnlicher Form auch im Kritischen Agrarbericht 2021 erscheinen.